

Der Iran – bald eine Nation von Fahrradfahrern?
Die Sanktionen gegen den benzinarmen Erdölstaat treffen vor allem die Bevölkerung, nicht das Regime.



Foto: Daniel Cerlach

Dem Iran drohen im Atomstreit schärfere Sanktionen

Von Miriam Shabafrouz und Ali Fathollah-Nejad ■

>> **Im September bekamen jene Aufwind**, die dem Iran vorwerfen, sein Atomprogramm zu verheimlichen. Teheran hatte angekündigt, dass eine zweite Uran-Anreicherungsanlage in Ghom

gebaut wird, wovon die Öffentlichkeit bis dato nichts wusste. Nach einer Inspektion hatte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) Entwarnung gegeben, doch vieles spricht nun dafür,

dass sich die USA und die EU über schärfere Sanktionen verständigen, die auch die Energieversorgung Irans tangieren. So beschloss der US-Kongress Ende Oktober eine einjährige Verlängerung und Verschärfung des Iran Sanctions Act. Dadurch sollen Benzineinfuhren in den Iran eingeschränkt und daran beteiligte Logistik-, Finanz- und Versicherungsunternehmen aus aller Welt belangt werden können.

Trotz seiner immensen Erdölvorkommen muss der Iran 40 Prozent seines Benzinbedarfs

importieren. Die mangelnden Raffineriekapazitäten des Landes sind einerseits auf niedrige Investitionen und andererseits auf einen erschwerten Zugang zu modernen Technologien zurückzuführen. Sanktionsexperte Bernd Kubbig von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt hält es dennoch für unwahrscheinlich, »dass die Benzinsanktionierung Früchte trägt«, vor allem, »weil weiterhin Benzin über »dunkle Kanäle«, zumeist durch Dubai, in den Iran hineingebracht werden kann.« Deshalb betont Sanktionsbefürworter Patrick Clawson vom Washington Institute for Near East Policy: »Ohne die Anwendung militärischer Gewalt können wir den Benzinfluss nicht stoppen.«

Darüber hinaus wird in den USA auch eine Beschränkung von iranischen Öl-Exporten diskutiert, um die Finanzierung der Militär- und Atom-Industrie zu erschweren. Aufgrund der dafür benötigten Militärblockade käme dies jedoch einem Kriegsakt gleich. Beide Sanktionstypen sollen das Land »lähmen«, wodurch sich Befürworter der Maßnahmen erhoffen, dass die Bevölkerung aufgrund steigender Not die eigene Regierung ins Visier nimmt und sich damit die Krise, in der das Regime seit den Präsidentschaftswahlen vom Juni 2009 steckt, noch vertieft.

Es gibt bereits eine lange Liste von Sanktionen, die im Zuge des Atomstreits verhängt wurden. Sie betreffen Güter, die für die Atomtechnologie verwendet werden könnten, Banken, die den Handel mit diesen Gütern abwickeln und Personen, die mit dem Atomprogramm in Verbindung stehen. Doch Experten weisen darauf hin, dass die Sanktionen der letzten Jahre ihr Ziel verfehlt und die Macht der Teheraner Eliten ökonomisch und politisch sogar noch gefestigt haben. Der Harvard-Ökonom Djavad Salehi-Isfahani betont, dass Beschränkungen vor allem zu Lasten der Zivilbevölkerung, besonders der ärmeren Schichten, ausfallen. Deshalb sprechen sich auch führende Reformkräfte, wie Mir Hossein Mussawi und Schirin Ebadi, deutlich gegen jede Art von Wirtschaftssanktionen aus. Dass sich das Volk bei schärferen Maßnahmen durch das Ausland ausgerechnet gegen die eigene Regierung wenden sollte, ist indes unwahrscheinlich. Stattdessen würde das Feindbild vom Westen, das den Hardlinern im Iran zur Legitimation dient, nur bestätigt.

Neben den negativen Folgen für die iranische Bevölkerung werden die globalen Auswirkungen der Sanktionspolitik oft ausgeblendet. Dabei deutet vieles darauf hin, dass es nicht zuletzt um wirtschaftliche Konkurrenz geht. Während »europäische Firmen durch die Sanktionen und die politische Einflussnahme mit großen Hürden zu kämpfen haben, besetzen amerikanische Unternehmen genau jene Geschäftsfelder und verfrachten via Dubai Waren in Milliardenhöhe

in den Iran«, so ein in Europa tätiger iranischer Geschäftsmann. Deutsche Mittelständler haben darüber immer wieder ihren Unmut geäußert. Die »Entmutigungsstrategie« der Großen Koalition habe nicht nur ihre langjährigen Geschäftsbeziehungen in von UN-Resolutionen unberührten Industriefeldern beschädigt, sondern auch aufs Spiel gesetzt, dass sie nach Beilegung des Konfliktes überhaupt wieder dort Fuß fassen könnten.

Um sich gegen Sanktionsfolgen zu immunisieren, wurden in Teheran inzwischen Vorkehrungen getroffen. Stammen noch vor der Revolution die vier größten Importeure iranischen Erdöls aus dem Westen, waren es letztes Jahr allesamt asiatische Staaten. Das wohl wichtigste Kennzeichen der engeren Einbindung in Eurasien ist Teherans Bewerbung als Vollmitglied in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, die sich gegen den Einfluss der USA in der Region stemmt. Zudem lässt sich Iran seit Anfang 2008 die Erdöllieferungen hauptsächlich in Euro und Yen bezahlen und will mit einer Umschichtung seiner Dollar-Reserven einem erneuten Einfrieren seiner Auslandskonten vorbeugen.

Verständigung über regionale Sicherheitsarchitektur als einziger Ausweg

Auch politisch haben Sanktionen als Konfliktlösungsmittel versagt. Teherans politische Elite zeigt sich Sanktionen gegenüber weiterhin unbeeindruckt. Immerhin habe man auch acht Jahre Krieg gegen ein vom Westen unterstütztes Saddam-Regime und 30 Jahre Embargo überstanden, so die dortige Auffassung. Vor diesem Hintergrund können auch die jüngst geäußerten kritischen Worte des Direktors der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Volker Perthes, verstanden werden: »Internationale Politik neigt gelegentlich dazu, sich einzureden, dass man nur mehr von derselben Medizin brauche, wenn die bei der ersten Verabreichung nicht wunschgemäß wirkt.«

Außer den geplanten Sanktionen liegen noch drei weitere Optionen auf den Tischen der westlichen Regierungen, um das iranische Atomprogramm einzudämmen. Erstens wird nach wie vor gedroht, die Atomanlagen und weitere Ziele zu bombardieren, um so das Programm um Jahre zurückzuwerfen. Jedoch werden dieser »militärischen Option« geringe Erfolgsaussichten zugeschrieben. Nicht nur ist kaum garantiert, dass die verstreute Atominfrastruktur effektiv zerstört werden könnte, auch ist aufgrund der Nähe der Anlagen zu urbanen Zentren mit vielen zivilen Opfern zu rechnen. Zudem wäre ein Proteststurm der islamischen Welt zu erwarten,

derweil sich Teheran dazu ermutigt sähe, zur Abschreckung erst recht mit aller Kraft eine Atom-bombe anzustreben. Eine weitere Option, Druck auf den Iran auszuüben, ist die Aufrüstung umliegender arabischer Staaten – womit das Pulverfass Nahost nur weiter militarisiert würde. Und schließlich gibt es den diplomatischen Weg, der einen Kompromiss anstrebt.

Für letztere Option hat sich der aus dem Amt geschiedene IAEA-Direktor Mohammed El-Baradei schon seit Jahren eingesetzt. Er betont stattdessen die Wichtigkeit gegenseitigen Vertrauens für erfolgreiche Verhandlungen. Ist das erst einmal hergestellt, dann unterscheidet sich der Iran in puncto Atomenergie nicht mehr von anderen Ländern, die über diese Technologie verfügen – wie etwa Brasilien, Deutschland oder Japan. Indessen ist die Vertrauensfrage eng mit sicherheitspolitischen Bedenken der beteiligten Akteure verbunden. Um diese offensiv zu thematisieren, eignen sich nur Gespräche. Diese werden aufgrund der komplexen Interessenlagen ihre Zeit in Anspruch nehmen und durch Sanktionen nur erschwert. Doch westliche Regierungen, vor allem die Administration von US-Präsident Barack Obama, stehen unter öffentlichem Druck. Volker Perthes bestätigt das und sieht es als wahrscheinlich an, »dass die USA und die EU sich Anfang 2010 auf eine Verschärfung der Sanktionen verständigen, ohne ernsthaft von deren Wirkung überzeugt zu sein.«

Nicht zuletzt ist die Wirkung begrenzt, weil der Atomstreit nur Ausdruck eines anders gelagerten Konfliktes ist. Zentrale Herausforderung ist die sicherheitspolitische Architektur des Nahen Ostens. Wie seit 25 Jahren unentwegt von UN-Resolutionen gefordert wird, muss es Ziel sein, die Region zu einer atomwaffenfreien Zone zu machen. Israels Atomwaffenarsenal spielt hier eine herausragende Rolle – und müsste damit zur Disposition gestellt werden.

Hier scheint neuerdings etwas in Bewegung gekommen zu sein. So trafen Ende September bei einer internationalen Konferenz zur Nichtverbreitung von Nuklearwaffen in Kairo erstmals Vertreter Israels und des Iran auf diplomatischem Parkett aufeinander. Und da stand just das Thema einer atomwaffenfreien Zone in der Region auf der Agenda. <<

Ali Fathollah-Nejad ist Politologe und forscht zurzeit an der School of Oriental and African Studies der University of London zum Iran im Kontext globaler Machtverschiebungen.

Miriam Shabafrouz ist *zenith*-Redakteurin und Mitarbeiterin des German Institute of Global and Area Studies in Hamburg mit den Schwerpunkten Iran und Algerien.